

11.26

Abgeordnete Dr. Eva Glawischnig-Piesczek (Grüne): Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren auf der Regierungsbank! Ein herzliches Willkommen auch an die neuen Mitglieder! Werte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Ich möchte beginnen mit dem gestrigen Tag und dem vorgestrigen Tag und möchte sagen: Ich habe mit sehr großer Neugier und Interesse mitverfolgt, was die persönliche Motivlage von Ihnen, Herr Bundeskanzler, war, diese Funktion jetzt zu übernehmen, denn es ist doch eine sehr schwierige Situation, um die es jetzt geht. Das ist keine Frage! Und ich möchte darüber hinaus sagen, dass ich Ihnen meinen Respekt aussprechen möchte dafür, dass Sie auch eine ganz wichtige und richtige Frage angesprochen haben, und zwar den politischen Stil. Ich halte das für wirklich relevant.

Glauben Sie uns, auch wir leiden manchmal unter ritualisierten Abläufen, denen kann man sich oft nicht verschließen. Ja, auch wir haben unseren Beitrag dazu geleistet, mit Sicherheit, aber es war einfach in den letzten Jahren nicht sehr leicht, etwas zu ändern, vor allem in einem Parlament, wo viele Vorschläge, viele gute Ideen von der Opposition, auch von uns Grünen, in keiner Weise ernsthaft aufgegriffen worden sind, wo viel vertagt worden ist, wo de facto die Regierung mit fixfertigen Vorlagen ins Haus gekommen ist, in einer Art Friss-oder-stirb-Mentalität, wo man auch, selbst wenn es unsinnige Kompromisse waren, sehr große Schwierigkeiten hatte, hier noch etwas zum Positiven zu verändern. *(Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der NEOS.)*

Aber ich finde es wichtig, dass Sie es gemacht haben, richtig, wie Sie es gemacht haben, und ich hoffe, dass es vielleicht eine Chance gibt, diesen Stil von Dauerstreit, Blockade und gegenseitigen Abwertungen einmal aufzubrechen und einen neuen Stil zu versuchen.

Umso bedauerlicher habe ich jetzt die Rede von Herrn Klubobmann Strache empfunden. *(Zwischenruf des Abg. **Strache**.)* Ich empfinde es als massive Respektlosigkeit gegenüber Menschen, die sich in eine Regierungsfunktion begeben haben, ihnen nicht einmal eine einzige Minute zugehört zu haben. Da ist eine Rektorin ... *(Abg. **Strache**: Die Österreicher leiden seit Jahren! Die stehen im Mittelpunkt!)* Sie haben Ihre Redezeit gehabt. *(Abg. **Strache**: Seit Jahren leiden die Österreicher unter diesem Wahnsinn!)* Ich finde es unglaublich respektlos – das ist wie vor dem Anpfiff eines Spieles, wo du gerade einmal die Spielaufstellung gehört hast –, schon jetzt zu wissen, dass die Mannschaft verloren hat. Dafür ist die Situation zu ernst! *(Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der SPÖ. – Abg. **Strache**: Das Spiel geht schon drei Jahre! Seit drei Jahren leiden die Österreicher darunter!)*

Das, was ich hier verspürt habe, ist, dass es Ihnen Freude macht, etwas zu zerstören und etwas herunterzumachen. (Abg. **Strache**: *Das ist die grüne Anbiederung an das rot-schwarze System!*) Sie sollten auch ein bisschen Interesse daran haben, dass bei der Bevölkerung Politik positiver ankommt und dass auch wirklich Lösungen gefunden werden. Ich glaube, Sie freuen sich, wenn es den Leuten schlechter geht. (Abg. **Kickl**: *Unglaublich!*) Das ist, glaube ich, für die momentane Situation die völlig falsche Antwort. (Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der SPÖ. – Abg. **Haider**: *Das ist eine böartige Unterstellung – eine sehr böartige Unterstellung!*)

Ich bin seit 2009 Bundessprecherin der Grünen und Klubobfrau. Wir haben in diesen Jahren wirklich sehr schwierige Situationen gehabt. Wir haben allerdings auch eine Regierung erlebt, die von Klausur zu Klausur gegangen ist. Trotz Handlungsdruck, den es spätestens seit der Finanzmarktkrise, dann seit der Wirtschaftskrise und nachfolgend auch aufgrund der Situation auf dem Arbeitsmarkt gegeben hat, hat man den Ernst der Lage einfach nicht erkannt, wo es notwendig gewesen wäre, sehr viel radikaler in eine Modernisierung und ein Miteinander hineinzugehen.

Wir haben auch tatsächlich alte Probleme nicht gelöst, allen voran die Situation an den Schulen, in den Kindergärten, an den Universitäten, also im ganzen Bildungsbereich, aber wir haben darüber hinaus in neuen Bereichen einfach auch international etwas verloren. Das ist sicher eine sehr große Herausforderung, und umso wichtiger ist es, dass man hier versucht, konstruktiver miteinander zu arbeiten. Das ist unser, das ist mein Wille!

Ich möchte nun gerne ein paar Themenbereiche aufgreifen und auch ein paar Aspekte in die Diskussion einbringen, die uns und mir sehr wichtig sind und die, glaube ich, auch noch Aufmerksamkeit verdienen.

Herr Bundeskanzler, Sie haben von Menschen gesprochen, die Sorgen haben, die Ängste haben, die befürchten, dass es ihren Kindern einmal schlechter geht. Das ist sicher ein neues Gefühl. Aber da geht es nicht nur um Arbeitslosigkeit und den Arbeitsmarkt. Das ist absolut relevant, überhaupt keine Frage, das ist mittlerweile auch in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Umgerechnet werden wir alle im Schnitt alle drei Jahre für mehrere Tage, für etwa 100 Tage arbeitslos. Und das ist schon eine Erfahrung, die sich in eine Gesellschaft einprägt.

Aber es geht in der sozialen Frage auch noch um eine ganz andere Thematik, nämlich darum, wieder mehr Sicherheit und dadurch auch mehr Freiheit und auch mehr Selbstbewusstsein zu bekommen. Das Leben läuft einfach nicht mehr so ab, dass man soziale Sicherheit vom Ende der Berufsausbildung bis zur Pension hat. Es gibt

unglaublich viele Brüche, es gibt unglaublich viele schwierige Situationen, beispielsweise in der Phase der Familiengründung, wo man sich in Österreich, vor allem in den Städten, wirklich schwer tut – und zwar vor allem dann, wenn man ein zweites Kind bekommen möchte –, eine adäquate Wohnung zu finden.

Es ist unglaublich schwierig, nach einer Ausbildung eine adäquate Arbeit zu finden, damit meine ich, nicht zunächst einmal prekär zu arbeiten oder ein Berufspraktikum nach dem anderen zu machen. Es ist auch sehr schwierig – und das ist in jedem Bundesland unterschiedlich –, die Frage zu lösen: Wie gehe ich damit um, dass meine Eltern pflegebedürftig werden? Das ist ja de facto ein Lotteriespiel, ob das in Oberkärnten oder in Wien ist. Da ist ein großer Unterschied vorhanden. Und da mehr Sicherheit und dadurch auch mehr Freiheit und mehr Eigenständigkeit für Menschen zu schaffen, ist eine große sozialpolitische Herausforderung. Das geht jetzt ein bisschen über den Arbeitsmarkt hinaus, aber das wollte ich Ihnen, Herr Bundeskanzler, auch mitgeben. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich freue mich, dass die frei werdenden Frauenpositionen auch wieder mit Frauen besetzt worden sind. Ich sage das ausdrücklich, weil ich nach wie vor der Meinung bin, dass es in dieser Republik viel zu wenig Positionen gibt, die tatsächlich von Frauen ausgefüllt werden.

Ich freue mich auch besonders mit Ihnen auf die Zusammenarbeit. Und bitte, auch wenn Sie andere Politikbereiche zu bearbeiten haben – das richtet sich aber auch an die Männer in der Regierung –: Vergessen Sie nicht, dass die Situation der Frauen in Österreich nach wie vor extrem unbefriedigend ist! Es ist die Gruppe, die am meisten in prekären Beschäftigungen und in Teilzeit arbeitet, die mit einem wahnsinnigen Druck sowohl zu Hause als auch im Beruf leben muss. Und da verdient auch für die nächsten Jahre – weil Sie sagen, Sie wollen bis 2025 ein Programm machen – die Verbesserung der Situation der Frauen in Österreich ganz besondere Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen sowie bei Abgeordneten von SPÖ und NEOS.)*

Herr Bundeskanzler, Sie haben zu meiner Freude auch etwas ausführlicher die Frage Bildung und Ausbildung in Österreich angeschnitten. Ich würde mir wünschen – wir von den Grünen würden uns wünschen, unser Bildungssprecher würde sich wünschen –, dass es bei der Bildungsreform nicht wieder heißt: Zurück zum Start! Wir haben schon so oft monatelange Prozesse erlebt, obwohl eigentlich die Probleme sehr klar sichtbar waren. Da wünschen wir uns wirklich mehr Tempo. Das wird eine der Nagelproben, auch der Schlüsselfragen sein.

Da geht es um Qualität, um die individuelle Förderung, und zwar ab dem Kindergarten und der Volksschule. Ich hoffe, dass Sie da die Hürden überwinden können, den Streit um die Neue Mittelschule oder um die AHS. Es geht da um die individuell beste Förderung für jedes Kind. Und die Kinder sind sehr unterschiedlich. Gerade im Volksschulalter gibt es bis zu zwei Jahre Entwicklungsunterschied, daher kann man nicht alle über einen Kamm scheren. Und da kann nicht das Zeugnis in der vierten Klasse Volksschule das wichtigste Zeugnis im Leben eines Menschen sein. Ich hoffe, dass da relativ schnell eine Lösung gefunden wird. *(Beifall bei den Grünen sowie bei Abgeordneten von SPÖ und NEOS.)*

Es wurde auch das Beispiel „Jobs, Jobs, Jobs!“ angesprochen. Ich hoffe, dass es auch ein neues Verständnis für die Situation der Universitäten gibt. Das ist schon eine Situation, die man ändern müsste. Gestern hat der Finanzminister gesagt, er sei nicht bereit, die strukturelle Lücke im Bildungsbudget zu schließen, solange es keine Reformen gibt. Das ist nachvollziehbar, aber es ist, glaube ich, die falsche Haltung. Es geht jetzt darum, wirklich die richtigen Lösungen zu finden.

Zum Beispiel geht es insbesondere im Hochschulsektor darum – und das ist genau das, was Sie gesagt haben –, die Grundlagenforschung und das Wissen, das dort vermittelt wird, nicht ausschließlich für ökonomische Zwecke zu nutzen, sondern es muss da auch einen ganz wichtigen gesellschaftlichen Impuls geben. Es ist wichtig, dass diese Sichtweise auch wieder einkehrt, und da zähle ich sehr auf Sie, Herr Bundeskanzler.

Zum Abschluss ist noch eine europäische Herausforderung anzusprechen. Ich möchte den heutigen Tag nicht verstreichen lassen, ohne darauf eingegangen zu sein. Es geht dabei um die Fragen: Wie stellen wir uns in den nächsten zehn Jahren die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vor? Im Moment geht es im Rahmen der Verhandlungen zwischen den USA, Kanada und der Europäischen Union um massive Umwälzungen, wie die zukünftigen wirtschaftlichen Strukturen in Europa, aber auch in den USA gebaut werden, ob sie zusammengelegt werden, ob die Standards vereinheitlicht werden.

Wir haben da große Sorge, weil im Moment die Ergebnisse dieser Verhandlungen in eine vollkommen falsche Richtung laufen, nämlich in Richtung einer Nivellierung nach unten. Wir stellen uns aber Europa als einen Raum mit hohen Standards vor, die First Mover Advantages haben, die auch weltweit in vielen Bereichen führend sein können, ob das in der Umwelttechnologie ist, ob das im Klimaschutz ist, ob das beim Ausstieg

aus Öl und Gas ist, ob das beim Ausstieg aus fossilen Energieträgern ist. Ich nehme an, Ihr New Deal kann in diesem Zusammenhang nur ein Green New Deal sein.

In diesem Zusammenhang haben wir die Sorge, dass die momentane Aufsetzung von TTIP, aber auch von CETA uns mit den Sonderklagsrechten für Konzerne bereits Entscheidungen aufzwingt, die uns die Freiheit für eine positive Entwicklung nehmen. Vor diesem Hintergrund bringe ich heute – es ist ja eine Generaldebatte – folgenden Antrag ein:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Glawischnig-Piesczek, Kolleginnen und Kollegen betreffend
TTIP stoppen und CETA ablehnen

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft wird aufgefordert, auf europäischer Ebene

CETA abzulehnen und sich dafür einzusetzen, dass es keinesfalls zu einer vorläufigen Anwendung dieses Abkommen kommt und

sich dafür einzusetzen, dass die Verhandlungen mit den USA zum TTIP-Abkommen unverzüglich gestoppt werden.“

Also unsere Kooperationsbereitschaft ist vorhanden. Sie haben, Herr Bundeskanzler, sehr hohe Erwartungen geweckt, das ist jetzt natürlich einzulösen. Viel Zeit ist dafür nicht vorhanden, muss man ehrlicherweise sagen.

Das ist sicher die letzte Chance, eine zweite gibt es wahrscheinlich nicht. In diesem Sinne: Auf eine gute Zusammenarbeit! *(Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der SPÖ.)*

11.36

Präsident Karlheinz Kopf: Der soeben von Klubobfrau Glawischnig-Piesczek eingebrachte Entschließungsantrag ist ausreichend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Eva Glawischnig-Piesczek, Werner Kogler, Freundinnen und Freunde betreffend TTIP stoppen und CETA ablehnen

eingebraucht im Zuge der Debatte über die Erklärungen des Bundeskanzlers und Vizekanzlers gemäß § 19 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Nationalrates anlässlich des Amtsantritts des Herrn Bundeskanzlers und der neuen Mitglieder der Bundesregierung

Begründung

Seit Juli 2013 verhandelt die Europäische Kommission mit der USA hinter verschlossenen Türen ein "Transatlantisches Handels- und Investitionspartnerschaftsabkommen" (TTIP). Ein Leak von TTIP-Verhandlungsunterlagen zeigt nun, dass die Befürchtungen der TTIP-GegnerInnen mehr als berechtigt sind. So steht die Aufweichung des EU-VerbraucherInnenschutzes bei Lebensmitteln ebenso zur Verhandlung, wie eine weitere Öffnung des europäischen Marktes für US-amerikanische Lebensmittel im Abtausch für Exporte der europäischen Automobilindustrie. Auch beharren die USA weiter auf Schiedsgerichte (ISDS). Die Verhandlungen gehen in eine komplett falsche Richtung. Daher kann am Ende auch kein gutes Ergebnis stehen, weshalb die Verhandlungen müssen abgebrochen werden."

Während TTIP noch im Verhandlungsstadium ist, ist CETA - das EU-Kanada-Handelsabkommen - bereits abgeschlossen und steht vor der Ratifikation. CETA, das als Blaupause für TTIP gilt, enthält nicht nur Sonderklagerechte für ausländische Konzerne, sondern stellt einen Angriff auf hohe Standards in sensiblen Bereichen wie Gentechnikgesetzgebung, Lebensmittelsicherheit oder KonsumentInnenschutz dar und höhlt demokratische Entscheidungsspielräume von der europäischen Ebene bis hin zu den Ländern und Gemeinden aus. So ist das in der EU geltende Vorsorgeprinzip in CETA nicht verankert. Das bringt KonsumentInnenschutz, Gesundheitsvorsorge und Gentechnikfreiheit in Europa ins Wanken.

Sobald der CETA-Vertragstext in alle EU-Amtssprachen übersetzt ist, wird die Europäische Kommission diesen dem Rat und dem Europäischen Parlament zur Zustimmung vorgelegen. Durch dieses für Juni 2016 geplante Einleiten des Ratifikationsprozesses von CETA soll auch die vorläufige Anwendung des Vertrags beschlossen werden. Mit der vorläufigen Anwendung treten jene Teile des Abkommens, für die es ausschließliche EU-Kompetenz gibt, jedenfalls in Kraft noch

bevor CETA von den nationalen Parlamenten ratifiziert worden wäre. Die vorläufige Anwendung von CETA unter Umgehung der nationalen Parlamente ist verfassungsrechtlich und demokratiepolitisch untragbar.

Nach den TTIP-Leaks und dem vorliegenden CETA-Vertrag müssen von der Bundesregierung Konsequenzen gezogen werden. Sie muss auf europäischer Ebene einen Verhandlungsstopp von TTIP herbeiführen und CETA – inklusive der geplanten vorläufigen Anwendung – ablehnen.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft wird aufgefordert, auf europäischer Ebene

CETA abzulehnen und sich dafür einzusetzen, dass es keinesfalls zu einer vorläufigen Anwendung dieses Abkommens kommt und

sich dafür einzusetzen, dass die Verhandlungen mit den USA zum TTIP-Abkommen unverzüglich gestoppt werden.

Präsident Karlheinz Kopf: Nächster Redner: Herr Klubobmann Dr. Lopatka. – Bitte.